



FESTSETZUNGEN DURCH TEXT

- Festsetzungen für Grünflächen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BBauG)

(1) Auf den festgesetzten Grünflächen mit Kennzeichnung Dauerkleingärten sind nur solche bauliche Anlagen zulässig, die dem festgesetzten Zweck der Grünflächen dienen. Hierzu zählen auch der Kleingartenanlage dienende zweckgebundene bauliche Anlagen, wie jeweils ein Gemeinschaftshaus, wenn sie sich in das Orts- u. Landschaftsbild einfügen.

(2) Auf Flächen, die als Grünflächen 'Dauerkleingärten' festgesetzt sind, ist auf je einer Kleingartenpachtfläche eine ebenerdige, erdgeschossige und nicht unterkellerte bauliche Anlage zulässig, die nicht zum dauernden Aufenthalt von Menschen oder zu gewerblichen Zwecken genutzt werden darf.
- Mindestgrößen**

(1) Die Mindestgröße der Kleingartenpachtfläche wird festgesetzt auf 200qm.
- Art und Maß der baulichen Nutzung** (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 sowie § 16 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO)

(1) Bei Kleingartenpachtflächen, ab einer Größe von 250qm, ist eine Laube in einfacher Ausführung zulässig, wenn die Größe der Grundflächen der baulichen Anlagen 24qm einschl. überdachtetem Freisitz nicht übersteigen.

(2) Auf Kleingartenpachtflächen unter 250qm sind nur Geräteschuppen zulässig bis höchstens 12qm Grundfläche.

(3) Ausnahmsweise kann bei Kleingartenpachtflächen von 200qm bis 250qm Grundfläche eine Laube zugelassen werden, wenn eine Bodenordnung bzw. eine Zusammenlegung kleiner Kleingartenpachtflächen zur Neuordnung nicht möglich ist und die Größe der Grundflächen der baulichen Anlagen (Lauben) 18qm einschließlich überdachtetem Freisitz nicht übersteigen.
- Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches dieses Bebauungsplanes werden die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. F29 aufgehoben.

Besondere Festsetzungen

(1) Die max. Firsthöhe der Lauben wird auf höchstens 3,5m festgesetzt, gemessen von der maßgebenden Geländeoberfläche. Die Dachüberstände außerhalb des überdachten Freisitzes dürfen 0,5m nicht übersteigen.

(2) Der zusätzliche Anbau oder Bau von Schuppen und Aborten ist nicht zulässig. Ebenso sind fest installierte Schwimmbecken, ortsfeste freistehende Kamine u. Feuerstätten unzulässig.

Ausnahmsweise ist ein Kleingewächshaus je Kleingartenpachtfläche zulässig, wenn es ausschließlich gärtnerisch genutzt wird und 5qm Grundfläche bzw. 9 cbm umbauten Raum nicht überschritten werden.

(3) Nebenanlagen i. S. § 14 BauNVO und Einrichtungen für die Tierhaltung sind unzulässig.

(4) Stellplätze sind im gesamten räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes zulässig. Sie sind nur als Gemeinschaftsanlagen anzuordnen.

(5) Die Zahl der erforderlichen Stellplätze wird auf einen je 4 vorhandener Kleingartenpachtflächen festgesetzt (§ 118 Abs. 4 HBO).

(6) Die Errichtung von baul. Anlagen (Lauben) an der seitlichen Kleingartenparzellengrenze ist zulässig, wenn ein Anbau auf der Nachbarparzelle sichergestellt werden kann. Im übrigen ist ein Mindestabstand zur jeweiligen Kleingartenparzellengrenze von 2,00m einzuhalten. (§ 118 HBO)

(7) Einfriedigungen, wie Hecken, Zäune und geschlossene Strauchpflanzungen als Abgrenzung sind nur zu inneren Erschließungswegen zulässig, wenn eine Höhe von 1,30m nicht überschritten wird.

(8) Ziergehölze (Nadel- und Laubgehölze) sind in den einzelnen Gärten nur zulässig, wenn sie in ausgewachsenem Zustand eine Höhe von 2,50m nicht überschreiten.

Hinweise:

Die rechtsverbindlichen Festsetzungen von Fluchtlinienplänen werden durch die Festsetzungen dieser Bebauungspläne nicht berührt. Die Bebauungspläne bestehen aus dem Plan i. M. 1:5000 mit Festsetzungen durch Text.

Planzeichenerklärung:

- Grünflächen privat
- Dauerkleingärten
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes
- Abgrenzung unterschiedl. Nutzungen
- Landschaftsschutzgebiet

Rechtsgrundlagen:
 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert am 06.07.1979 (BGBl. I S. 949), Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15.09.1977 (BGBl. I S. 1763), Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.1981 (GVBl. I S. 66), Planzeichenverordnung vom 30.07.1981 (BGBl. I S. 833), Verordnung über die Aufnahme von auf Landesrecht beruhenden Regelungen in den Bebauungsplan vom 28.01.1977 (GVBl. S. 102).

Planunterlagen hergestellt nach dem unter Zugrundelegung der Flurkarte entstehenden städtischen Kartenwerk durch das Stadtvermessungsamt (Verm. St. nach § 8 Nr. 3 Kat. Ges.)

Aufgestellt
 Kassel, den 22. November 1982
 Der Magistrat

Kassel, den 11. November 1982
 Stadtvermessungsamt
 Vermessungsdirektor

Kassel, den 7. September 1983
 Der Magistrat

Als Bebauungsplan Entwurf zur öffentlichen Auslegung beschlossen von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel gemäß § 2a Abs. 6 Satz 1 und 2 Bundesbaugesetz am 22.8.1983
 August 1983
 Die Stadtverordnetenversammlung
 Stadtverordnetenvorsteher

Offentlich auszulegen in der Zeit vom 26.9.1983 bis einschließlich 28.10.1983
 Kassel, den 7. September 1983
 Der Magistrat

Hat öffentlich ausgelegen gemäß § 2a Abs. 6 Satz 1 und 2 vom 26.9.1983 bis einschl. 28.10.1983
 Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung wurden bekanntgemacht in der Stadtausgabe Kassel der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen Nr. 212 vom 13.9.1983
 November 1983
 Planungsamt
 Bauberrat

Als Satzung beschlossen von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel gemäß § 10 BBauG am 9.7.1984
 Kassel, den 10. Juli 1984
 Die Stadtverordnetenversammlung
 Stellv. Stadtverordnetenvorsteher

GENEHMIGT

mit Verfügung vom 18. Dez. 1984
 34-61d 04-01(01)-
 Kassel, den 18. Dez. 1984
 DER REGIERUNGSPRÄSIDENT
 Im Auftrag

Die Übereinstimmung der Plandarstellung sowie der Aufstellungs-, Offenlegungs- und Beschlusvermerke mit dem Original wird bescheinigt
 August 1984
 Bauberrat

Der mit dem Genehmigungsvermerk der Aufsichtsbehörde versehenen Bebauungsplan ist gemäß § 12 des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256) ortsüblich bekanntzumachen
 Kassel, den 17. 1. 85
 Der Magistrat
 Oberbürgermeister

Die Genehmigung wurde bekanntgemacht in der Stadtausgabe Kassel der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen Nr. 29 vom 4. 2. 85
 Der Bebauungsplan ist damit rechtsverbindlich geworden
 Kassel, den 4. 2. 85
 Der Magistrat
 Stadtrat



STADT KASSEL

BEBAUUNGSPLAN M. 1:5000

DAUERKLEINGÄRTEN

GELTUNGSBEREICH :

32. SCHÖNFELD

Stadtteil Wehlheiden und Süd

NR. 2 M-SW/32